

Dok 5 – Das Feature

WDR5, Samstag, 04.04.2020, 12.04 – 12.00 Uhr

Wiederholung: Sonntag, 05.04.2020, 11.04 – 12.00 Uhr, WDR5

Aufklärer unter Verdacht

Was Whistleblowern und investigativen Journalistinnen droht

O-Ton 01 Brigitte Heinisch

Also die mussten letztendlich mich so in die Ecke drücken, dass ich den Vergleich annehme, so. Ich hab einen schweren Nervenzusammenbruch hinter mir gehabt, war im Krankenhaus, und hab dann den Vergleich angenommen, ja. Der Richter hat unmissverständlich mir klar gemacht, Frau Heinisch, wenn Sie das jetzt hier nicht annehmen, dann können wir hier noch jahrelang prozessieren.

O-Ton 02 Marie von Kuck

Diesen Polizei-Informanten zu treffen, vorher zu wissen, was für ein Risiko das für den Mann ist zu sprechen. Da sitzt jemand vor einem, ein Hüne von einem Mann, und schlottert vor Angst.

O-Ton 03 Martin Herrnkind

Und dann steht derjenige, der Anzeige erstattet hat, nachher als Verräter da oder als Kollegenschwein oder als Anschwärzer. Das Strafrecht, der Rechtsstaat, das ist das eine, und Rechthaben und Rechtbekommen sind zweierlei paar Schuhe, das wissen wir, das ist das andere.

Ansage

Aufklärer unter Verdacht

Was Whistleblowern und investigativen Journalistinnen droht

Ein Feature von Charly Kowalczyk

O-Ton 04 Oliver Schröm

Das ist ja die große Herausforderung für mich als investigativer Journalist: Wie schütze ich meine Informanten?

1/25

Erzähler

Als ich Oliver Schröm treffe, ist er noch Chefredakteur des gemeinnützigen Recherchezentrums „Correctiv“. Seit Ende 2019 arbeitet er aber wieder fürs NDR-Fernsehen, hauptsächlich für das Politikmagazin „Panorama“.

Correctiv“ hat sich mit 30-40 Beschäftigten auf aufwändige Recherchen spezialisiert. Zum Beispiel hat das investigative Netzwerk die sogenannten Cum-Ex-Geschäfte aufgedeckt. Es begann 2013 mit dem Anruf eines Insiders, der Oliver Schröm von diesem Steuerraub erzählte:

O-Ton 05 Oliver Schröm

Bei Cum-Ex, da geht es um Aktiengeschäfte rund um den Dividendenstichtag. Da werden Aktien so geschickt hin und her getradet, dass man den Überblick verliert, wem die Aktie eigentlich gehört. Da entsteht der Eindruck, dass eine Aktie mehrere Inhaber hat, und jeder Inhaber gibt vor, er sei der einzige Inhaber. Also für eine Aktie wird Kapitalertragssteuer einmal eingezahlt, aber zwei, drei, vier Mal ausgezahlt. Deshalb ist Cum-Ex kein Steuerbetrug im klassischen Sinne, sondern durch diesen Aktientrick greift jemand aktiv in die Steuerkasse und stiehlt das Geld und zwar meines, Ihres, und das Ihrer Zuhörer.

Erzähler

Es ist der größte Steuerbetrug in der Geschichte Europas. Banker, Anwälte und Reiche raubten mit Cum-Ex und ähnlichen steuergetriebenen Aktiengeschäften mehr als 55 Milliarden Euro aus den Staatskassen von elf europäischen Staaten.

O-Ton 06a Oliver Schröm

Wir hatten 2018 interne Emails von diesen Gaunern, die da mal diskutiert haben, wie sie Schweden, Polen und was weiß ich was alles ausrauben können und uns trieb dann die Frage, war das nur eine Idee von diesen Kriminellen oder haben sie das auch in die Tat umgesetzt? Und irgendwann hatten wir ein Marktangebot von solchen Geschäften. Und dann kam die Idee, man könnte quasi nur Undercover den Beweis führen, dass es so weiter läuft. Wir haben dann über Monate falsche Identitäten aufgebaut. Wir waren ein Milliardärs-Bruderpaar, die einfach 200 Millionen investieren wollten, das klingt jetzt ein bisschen nach Slapstick, aber wir hatten eine Briefkastenfirma. Und die haben wir auch nicht extra gekauft, sondern die musste schon zehn Jahre am Markt sein. Die war auch schon mal in Cum-Ex Geschäfte involviert...

Erzähler

Oliver Schröm schildert mir, wie ein früherer Vermögensverwalter ihn und Christian Salewski, der als investigativer Journalist beim NDR arbeitet, coachte, damit sie als Milliardärs-Brüder glaubwürdig wirkten:

O-Ton 06b

... und sind dann auf so ein Angebot eingegangen und dann gab es dann ein Treffen in London mit so einem nicht unbekanntem Dealer. Wir haben uns in höllisch teuren Hotelsuite getroffen, da kostet die Nacht zweieinhalb Tausend Euro, das Ambiente musste ja auch stimmen. Wir waren Milliardäre und der Mann hatte 40 Minuten Zeit, uns diesen 200 Millionen-Deal zu verkaufen, uns die Papiere auf den Tisch zu legen, das ist auch alles passiert und wir haben es dadurch dokumentiert. Wir haben mit versteckter Kamera gearbeitet und haben auch den Ton aufgenommen, was in England erlaubt ist und hätte ich jetzt 200 Millionen gehabt, hätten sich die 200 Millionen binnen drei Monate extrem vermehrt und teilweise mit einer Rendite von 20 Prozent innerhalb von drei Monaten.

Erzähler

2014 veröffentlichte Oliver Schröm und sein Team erstmals ihre Recherchen über die Cum-Ex-Geschäfte im „Stern“. An den Geschäften beteiligt war die Schweizer Privatbank „Sarasin“:

O-Ton 07 Oliver Schröm

Aber es war auch klar, da ist kein Blumentopf für die Bank zu gewinnen, weil wir hatten schlicht und ergreifend die Dokumente, die das zeigten, was da gelaufen ist und plötzlich erfuhr ich, dass da Menschen in der Schweiz verhaftet wurden, die verdächtig waren, meine Informanten zu sein. Wer mein Informant ist, weiß bis heute noch niemand. Und irgendwann erfuhr ich, dass auch gegen mich ermittelt wird und zwar wegen Wirtschaftsspionage. Also man hat da einfach den Spieß umgedreht: Die Bank, die nachweislich geholfen hat, die deutsche Staatskasse mit auszurauben, also der Täter hat irgendwie die Aufdecker angezeigt und die Staatsanwaltschaft hat also nicht die Täter verfolgt, obwohl die Bank auch angezeigt war, sondern hat gegen den Journalisten, gegen mutmaßliche Whistleblower. Es ist schlicht und ergreifend nicht belegt, von wem ich oder andere die Unterlagen bekommen haben.

Erzähler

Oliver Schröm fährt erst mal nicht mehr in die Schweiz. Dass dort zuerst gegen mutmaßliche Whistleblower und gegen ihn juristisch vorgegangen wird, und nicht gegen die Täter, macht ihn fassungslos.

O-Ton 08 Oliver Schröm

Mir wird vorgeworfen, dass ich mit 3.000 Euro einen Bankmitarbeiter angestiftet haben soll, mir Informationen zu geben. Und bei dem Bankmitarbeiter handelt es sich um den früheren Compliance Chef einer bekannten Schweizer Privatbank, ich glaub, der hat ein Jahresgehalt von einer viertel Million Schweizer Franken. Wie man so jemand mit 3.000 Euro zu irgendwas anstiften soll, ist mir jetzt ein bisschen schleierhaft, aber es wird mir vorgeworfen, ihm auch. Der ist in der Schweiz deswegen verurteilt worden. Das geht zurück auf meine erste Geschichte mit meinem Team im Jahr 2014 im „Stern“, wo man grade die Cum-Ex Machenschaften dieser Schweizer Bank aufgedeckt haben, wo namhafte deutsche Multimillionäre investiert haben.

Erzähler

2018 bat die Züricher Staatsanwaltschaft die Hamburger Staatsanwaltschaft das Verfahren zu übernehmen. Jetzt warf man Schröm nicht mehr Wirtschaftsspionage vor, sondern Anstiftung zum Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Eigentlich absurde Ermittlungen, aber mit bedrohlichen Konsequenzen...

O-Ton 09 Oliver Schröm

Wenn ein Staatsanwalt gegen einen Journalisten ermittelt, steht ihm das ganze Instrumentarium zur Verfügung. Theoretisch kann er durchsuchen, sie abhören lassen, was weiß der Teufel. Da ist mein privates Umfeld betroffen, da ist aber auch meine Redaktion betroffen. Da muss man auch über das Redaktionsgeheimnis reden. Also es ist kein Spaß und vor allen Dingen sehr, sehr teuer, weil, sie haben ja Anwaltskosten. Und dann zieht sich so ein Ding über Monate oder in dem Fall geht es jetzt seit 2014, also seit fünf Jahren bald, es ist dann schon etwas verrückt.

Erzähler

Doch es regte sich Protest gegen die Ermittlungen. Mehr als 26.000 Menschen unterschrieben binnen weniger Tage einen „öffentlichen Brief“ an die damalige Justizministerin Katarina Barley und Finanzminister Olaf Scholz und erklärten sich mit Oliver Schröm solidarisch.

Erzähler

Die Pressefreiheit gilt als einer der Grundpfeiler der Demokratie, die Presse als vierte Macht im Staat mit Wächterfunktion. Obwohl Informantinnen und Journalisten zur Aufklärung von Missständen oder gar Verbrechen beitragen, verweigert man ihnen häufig die Anerkennung. Als 2011 der deutsche Bundestag über den Informantenschutz in Betrieben debattierte, unterstellte der langjährige CDU/CSU Fraktionsvorsitzende Volker Kauder in einem Zwischenruf den Hinweisgebern „Blockwart-Mentalität“. Ich frage mich: Warum eigentlich?

O-Ton 10a Annegret Falter

Der erste Grund dürfte Deutschland-spezifisch sein, denn natürlich ist in einem Land, wo es eine GESTAPO gegeben hat und eine STASI, ein Misstrauen gewachsen gegen jede Art von Weitergabe von internen Informationen. Deswegen werden Whistleblower eben nach wie vor häufig als Denunzianten bezeichnet.

Erzähler Annegret Falter ist Vorsitzende des Whistleblower-Netzwerks.

O-Ton 10b Aber der zweite Grund, den ich sehe, der ist natürlich, glaube ich, in allen zumindest westlichen Gesellschaften anzutreffen, dass die Arbeitgeber den Erstzugriff auf die Information haben wollen, denn sie wollen die Information geheim halten. Und da zeigt sich immer wieder eine gewisse Unterstellung von Schädigungsabsicht, die ja nicht logisch ist. Ein Mitarbeiter im Betrieb will ja, in der Regel, dass es dem Betrieb, indem er arbeitet, gut geht, dass die Arbeitsplätze gesichert sind.

Erzähler

Gepanschte Krebsmedikamente in der Apotheke. Steuer-Oasen. Doping im Gewichtheber-Weltverband. Ekelfleisch in Wurst und Döner. BSE-Skandal. Weltweite Überwachungs- und Spionagepraxis von Geheimdiensten. Machenschaften im Deutschen Fußballverband und im Weltfußballverband Fifa... die Liste ist lang. Ohne Whistleblower wäre all dies nie aufgedeckt worden.

O-Ton 11a Martin Rabanus

Ich halte es für einen wesentlichen Bestandteil unseres freien Journalismus, weil es natürlich Vorgänge gibt, die für andere hinreichend unangenehm sind oder entweder

5/25

moralisch oder sogar strafrechtlich relevant sind, die natürlich nicht freiwillig öffentlich gemacht werden.

Erzähler

Martin Rabanus, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien.

O-Ton 11b Insofern muss es die Möglichkeit geben für den Journalismus, hier aufzuklären, zu recherchieren. Ja und wie soll denn ein Skandal aufgedeckt werden, wenn nicht ein mutiger Mensch bereit ist, der davon weiß, dieses auch öffentlich zu machen! Also brauchen wir auch diejenigen, die die Information über schmutzige, strafrechtlich relevante oder moralisch relevante Sachverhalte deutlich machen.

Erzähler

2018 eröffnete nicht nur die Staatsanwaltschaft Hamburg ein Verfahren gegen Oliver Schröm. Im selben Jahr legte auch die damalige Justizministerin Katarina Barley einen Gesetzesentwurf zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor. Damit sollte eine entsprechende Richtlinie der EU aus dem Jahr 2016 umgesetzt werden.

O-Ton 12 Oliver Schröm

Wenn da die Umsetzung durchgegangen wäre, hätten die Whistleblower und wir Journalisten nichts zu lachen gehabt, weil, das war neu, dass gegen Journalisten mit dem Strafrecht vorgegangen wird und zwar nicht mit dem Strafrecht, sondern mit diesem Geschäftsgeheimnis-Paragrafen, weil ich stehe ja nicht im Wettbewerb mit einer Bank oder mit irgendjemand. Aber das war natürlich juristisch ein raffinierter Schachzug gegen Journalisten vorzugehen, gegen den man presserechtlich nichts ausrichten kann, also bemühe ich das Strafrecht und beschuldige den einfach mal.

Erzähler

In der EU-Richtlinie sind eigentlich Ausnahmen für den Medienbereich vorgesehen:

Sprecherin Ausnahmen

a) Zur Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit gemäß der Charta, einschließlich der Achtung der Freiheit und der Pluralität der Medien;

6/25

b) Zur Aufdeckung eines beruflichen oder sonstigen Fehlverhaltens oder einer illegalen Tätigkeit, sofern der Antragsgegner in der Absicht gehandelt hat, das allgemeine öffentliche Interesse zu schützen; ...

Erzähler

Genau diese Ausnahmeregelungen fehlten jedoch im Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums. Stattdessen hätten Unternehmen Journalisten schon allein deshalb anzeigen können, wenn diese über interne Dokumente berichten. Er sei entsetzt gewesen, sagt Oliver Schröm, dass ausgerechnet von einer Sozialdemokratin, der damaligen Bundesjustizministerin Katarina Barley, ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, der die Pressefreiheit eingeschränkt hätte.

O-Ton 13 Oliver Schröm

Der Überbringer von schlechten Nachrichten wird geköpft, und investigative Journalisten haben meistens schlechte Nachrichten. Und es ist ja nicht so, wenn wir publizieren, dass die Leute, über die wir berichten oder deren Machenschaften aufdecken, dass die Juhu schreien und uns zum Dank einen Blumenstrauß schicken. Nein, die schicken uns Anwälte, die gegen uns und gegen die Geschichten vorgehen, aber wir haben leider Gottes in Deutschland mittlerweile eine Gesetzgebung, insbesondere im Pressewesen, die uns extrem bedroht und behindert, weil es wahnsinnig teuer ist. Es gibt kaum eine Geschichte, wo nicht irgendein Medienanwalt aufschlägt und dann laufen schon die Kosten. Und als ich vor über 36 Jahren mit Journalismus anfang, da gab es, glaub ich, drei oder vier Medienrechtler in Deutschland. Heute gibt es Hundertschaften. Und das hat zur Folge, die gehen alle auf irgendwelche Publikationen und Geschichten los, egal ob es sinnvoll ist oder nicht. Und es entstehen Kosten und ich kenne viele Medien, die sich das nicht mehr leisten.

Erzähler

Manche Recherchen werden zum finanziellen Risiko. Denn Entscheidungen über Unterlassungsbegehren können Jahre dauern.

O-Ton 14 Oliver Schröm

Weil grad bei so Geschichten wie Cum-Ex oder Panama Papers. Sie haben es ja mit Multimillionären oder manchmal Milliarden zu tun, für die mal eine viertel Million nichts ist. Also da irgendwie mal ins Prozessrisiko zu gehen, einen Prozess loszutreten, selbst wissen, dass man eigentlich nicht im Recht ist, sondern dass das, was die Journalisten entdeckt haben, schon stimmt, die jagen sie durch alle Instanzen,

7/25

bis nach Karlsruhe, das geht über Jahre und kostet wahnsinnig viel Geld. Und wenn sie dann in sechs Jahren in Karlsruhe gewinnen, haben sie trotzdem einen satten sechsstelligen Betrag liegen lassen, wissen gar nicht, ob sie das Geld ansatzweise auch überhaupt noch zurückkriegen, weil vielleicht die Gegenpartei insolvent mittlerweile ist oder abgetaucht, oder was auch immer.

Erzähler

Ich bin in einem Berliner Hotel mit dem Professor für Medienrecht der Technischen Universität Dortmund, Tobias Gostomzyk, verabredet. Wir wollen über verschiedene Formen der Bedrohungen von Journalistinnen und Whistleblowern sprechen. 2019 veröffentlichte er gemeinsam mit dem Journalisten Daniel Moßbrucker eine „Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien.“ Unterstützt von der „Otto Brenner Stiftung“ und der „Gesellschaft für Freiheitsrechte“. Welche Auswirkungen auf den Journalismus hat beispielsweise so ein Instrument wie das „Presserechtliche Informationsschreiben“?

O-Ton 15 Tobias Gostomzyk

Presserechtliche Informationsschreiben sind natürlich ein Einschüchterungsversuch, also es geht darum, ein Drohschreiben aufzusetzen und so lautet ja auch der Titel der Studie "Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!" und das ist der Kern dieser Schreiben. Also es wird angedroht, wenn man etwas Bestimmtes veröffentlicht, dann wird es anschließend rechtlich sanktioniert.

Erzähler

Die Autoren der Studie stellen jedoch fest, dass das „Presserechtliche Informationsschreiben“ bei investigativen Journalistinnen und Journalisten zumindest keinen großen Abschreckungseffekt hat...

O-Ton 16 Tobias Gostomzyk

Etwas anders sieht es allerdings aus, im Boulevard-Journalismus. Also ist mir das wert, dass mir schon angedroht wird, es könnte anschließend eine rechtliche Auseinandersetzung geben, die Geschichte trotzdem zu bringen, auch wenn es anschließend teuer werden kann. Und da gibt es eben andere Abwägungen und in dem Bereich sind presserechtliche Informationsschreiben auch einigermaßen erfolgreich.

8/25

O-Ton 17a Christian Schertz

Ja, das wird immer wieder mal gesagt, dass es einen Einschüchterungseffekt hat, dieses presserechtliche Informationsschreiben. Ich kann das nicht erkennen.

Erzähler

Christian Schertz ist einer der bekanntesten Anwälte für Medienrecht.

O-Ton 17b Das „Presserechtliche Informationsschreiben“ ist eins unserer Instrumente und wir machen es insbesondere dann, wenn es eine Berichterstattung in einem Medium gibt, die rechtswidrig ist, z. B. weil sie unwahr ist. Dann schreiben wir alle anderen deutschen Medien an und sagen, diese Berichterstattung ist rechtswidrig, wir bitten diese Sachen nicht zu übernehmen, um grade auch einer Verbreitung im Netz zu verhindern. Und deswegen ist das presserechtliche Informationsschreiben ein von mir mit entwickeltes präventives Mittel, Persönlichkeitsrechte durchzusetzen und Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Vorfeld zu verhindern.

Erzähler

Es ginge ihm darum, erklärt er mir, von vornherein unwahre Berichterstattung zu verhindern. Allerdings ist das Instrument des „Presserechtlichen Informationsschreibens“ auch unter Medienanwälten umstritten. Manche von ihnen fürchten, dass es zumindest auf investigative Journalistinnen und Journalisten eher motivierend als abschreckend wirkt.

O-Ton 18 Christian Schertz

Ich hab eine andere Erfahrung gemacht. Ich hab mit dem presserechtlichen Informationsschreiben sehr viele Berichterstattung verhindert. Ich hab sehr viel Berichterstattung sehr viel weicher bekommen, weil natürlich dann sauberer lektoriert wird von den Juristen, als wenn man sich überhaupt nicht an die Medien gewandt hat im Vorfeld und in der Studie gibt es auch Justiziere, die sagen, wenn ein presserechtliches Informationsschreiben kommt, nehmen wir die Sache schon ernst und prüfen es juristisch noch einmal genauer und das ist das einzige, worum ich mit dem Info-Schreiben bitte.

Erzähler

Nicht die Zunahme von juristischen Auseinandersetzungen seien eine Gefahr für die Pressefreiheit, meint Christian Schertz, sondern eher Quotendruck und Kostenminimierung. Wenig Zeit für Recherchen. Zu geringe Honorare für freie Autorinnen und Autoren. Denn gut recherchierte Geschichten kosten Geld und wenn man diese nicht mehr anständig bezahlen würde, gehe es dem Qualitätsjournalismus an den Kragen. Und der Pressefreiheit schade es auch, wenn Medienhäuser Journalisten bei juristischen Auseinandersetzungen alleine lassen:

O-Ton 19 Christian Schertz

Na ja, der freie Journalist hat immer das Problem, wenn er eine Geschichte macht für ein Medium und dann wird gegen diese Geschichte vorgegangen oder auch gegen ihn persönlich, ob dann der Verlag oder der Sender ihn davon freistellt, was Anwaltskosten und Prozesse angeht. Und wir hatten in den letzten Jahren Fälle, wo das die Medien nicht gemacht haben und die freien Journalisten mit der Geschichte allein gelassen haben, das ist eine Entwicklung, die ist eindeutig. Wenn sie dann damit rechnen, dass im Falle einer juristischen Auseinandersetzung sie diese alleine führen müssen, auch die Kosten zu tragen haben, wird es sicherlich einen Schilling-Effekt geben, dass man vielleicht eher vorsichtiger ist bei solchen Geschichten. Und je mehr sich da rumspricht, dass die Medienhäuser Journalisten, die frei arbeiten für sie, nicht immer unterstützen, ja, das kann eine Gefahr für die Pressefreiheit sein.

Erzähler

Allen Widrigkeiten zum Trotz steige dennoch das Niveau des investigativen Journalismus, meint Oliver Schröm. Aufwändige Recherchen könnten sich einzelne Journalisten zwar kaum noch leisten, aber die Zukunft des investigativen Journalismus liege ohnehin in der Zusammenarbeit von Redaktionen:

O-Ton 20 Oliver Schröm

Als ich anfing, war man irgendwie froh, wenn man irgendwie mal eine Akte bekam und da hat man mit Post-It-Zetteln gearbeitet. Heute bekommst Du irgendwie einen Stick und da sind Giga- oder gar Terabytes drauf, das können sie quasi als Einzelpersonen gar nicht bewerkstelligen, gar nicht verarbeiten. Aber heute haben sie investigative Ressorts, die Leute sind entsprechend ausgebildet, haben die entsprechenden Tools, Daten-Journalisten, es ist alles viel, viel professioneller. Deshalb, warum sie viele Redaktionen brauchen in Kooperation und bei Cum-Ex. Jetzt bin ich wohl Schwabe und wir können alles außer Hochdeutsch, aber ich kann auch kein Norwegisch, ich kann auch kein Schwedisch und ich kenne mich auch im Steuerrecht in Spanien nicht

10/25

aus. Wenn Sie Cum-Ex international bearbeiten, sind natürlich solche Eigenschaften gefragt oder Fähigkeiten. Also es ist naheliegend, dass ich dann mit Kollegen vor Ort arbeite. Jemand, der spanisch spricht oder in Spanien lebt, sich dort im Steuergesetz auskennt, genauso in Dänemark oder in der Schweiz oder sonst wo, also mit all den Partnern, mit denen wir zusammengearbeitet haben. Also es ist jetzt keine Kür, da so zusammen zu arbeiten, sondern es ist sogar Pflicht.

Erzähler

Das Verfahren der Hamburger Staatsanwaltschaft gegen Oliver Schröm wurde 2019 nach 423 Tagen eingestellt. Es bestehe kein hinreichender Tatverdacht, der eine weitere Ermittlung oder gar Anklage rechtfertige, teilte die Behörde mit. Daraufhin beendete auch die Züricher Staatsanwaltschaft die Ermittlungen. Ich frage Oliver Schröm, wie er das wegsteckt, wenn er mit anderen zusammen einen Steuerraub aufdeckt, juristisch bedroht wird, und politisch daraus kaum Konsequenzen gezogen werden...

O-Ton 21 Oliver Schröm

Ich versuche das immer wegzuschieben, aber Sie haben mich jetzt wieder natürlich ans hier und jetzt gezerrt und dann ist es natürlich auch ein Stück weit deprimierend. Aber Gott, das ist mein Job. Als investigativer Journalist ist man auch irgendwie ein bisschen Sisyphus. Man rollt den Stein hoch, den Berg, man weiß schon beim Hochrollen, kaum bin ich oben, wird das Ding wieder runterrollen und ich darf wieder von vorne anfangen. Aber ich hab es mir ausgesucht, da hat mich niemand gezwungen diesen Job zu machen. Ich mach ihn gern und finde ihn wichtig. Und ich sehe jetzt auch, grad mit „Correctiv“ haben wir jetzt binnen acht Monaten zwei große internationale Kooperationen auf die Beine gestellt, die diese Megasteuer Betrügereien ans Tageslicht gezerrt haben und ich merk, wie sich die Diskussion verändert in Deutschland, auch auf europäischer Ebene. Bei Cum-Ex war das so, da wurde dann eine Resolution erlassen in Brüssel, z. B. mit der Forderung, eine europäische Steuer FBI einzuführen. Aber was passiert? Umsetzen müssen das die Nationalstaaten und die blockieren. Und wer blockiert vorneweg: Deutschland.

Erzähler

Auch die strafrechtliche Bedrohung für Journalistinnen und Journalisten durch den Gesetzentwurf zum Schutz von Geschäftsinteressen wurde gerade noch abgewendet. Letztlich wurde die Richtlinie im Bundestag so umgesetzt, wie es die Europäische Union den Mitgliedsländern auf den Weg gegeben hatte, erklärt Martin Rabanus, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien:

11/25

O-Ton 22 Martin Rabanus

Weil es so formuliert war, dass ja ein Journalist, eine Journalistin, sich auf dem Klageweg immer wieder Recht holen könne dafür, dass die Veröffentlichung gemacht worden sei, so. In dem Moment, in dem sie die Journalistinnen und Journalisten in die Lage bringen, dass sie für ihr Recht erst durch den Instanzenweg sozusagen gehen müssen in der Gerichtsbarkeit, dann kann das, wenn alles optimal läuft, zum Schluss erfolgreich sein. Es kann aber auch nicht erfolgreich sein, wenn es nicht optimal läuft und vor allen Dingen ist es so, dass es wahnsinnig viel Zeit, Geld und Mühe kostet, das Recht einzuklagen. Und da haben wir uns im Parlament dann in ziemlich breiter Einmütigkeit darauf verständigt, eben diese Bereichsausnahme für journalistisches Arbeiten in das Gesetz reinzuschreiben und nicht darauf zu hoffen, dass vor Gericht schon alles gut geht.

Erzähler

Tobias Gostomzyk findet, für Hinweisgeber sei das vom Bundestag beschlossene Gesetz von 2018 „zum Schutz von Geschäftsinteressen“ ein echter Fortschritt:

O-Ton 23 Tobias Gostomzyk

Zunächst muss man erst mal sehen, dass erstmals der Schutz von Whistleblowern gesetzlich verankert worden ist. Der ist die Kehrseite des Gegenstücks zum Informanten-Schutz. Der Informanten-Schutz betrifft ja erst mal die Medien, dass wenn Informanten zu Medien kommen, dass Journalistinnen und Journalisten sagen können, wir sagen nicht, wer uns die Informationen weiter gegeben hat, das ist ein gewisser Schutz, wenn Informanten trotzdem aufgefliegen sind, konnten die in der Vergangenheit relativ stark sanktioniert werden Also da kann man aus dem Unternehmen entlassen werden, Verletzung von vertraglichen Pflichten, und dann kann natürlich auch ein Straftatbestand auch noch mitbetroffen sein, den es auch in der Vergangenheit schon gegeben hat, im Wettbewerbsrecht, nämlich den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und hier soll es jetzt so sein, dass es einen bestimmten Bereich gibt, wo gesagt wird, wenn da Informationen weitergegeben werden und zwar, wenn es um Rechtsverstöße geht, dann kann es eben auch legitimiert sein, wenn man ein erhöhtes öffentliches Interesse hat.

Erzähler

Das sei zumindest ein Anfang zum Schutz von Whistleblowern, meint der Medienrechtler.

12/25

Erzähler

Journalistinnen und Journalisten müssen sich nicht nur juristisch gegen Einschüchterung wehren.

Erzähler

Hannover, 23. November 2019. Die NPD demonstriert mit etwa 120 Teilnehmern gegen namentlich genannte Journalisten, die kritisch über die rechte Szene berichten. Ihnen wird Rache angedroht. Ich schließe mich den Tausenden an, die in Hannover für die Pressefreiheit auf die Straße gehen. Die Polizei hatte die NPD-Demo verboten, doch das Obergericht in Lüneburg hob das Verbot wieder auf. Boris Pistorius, niedersächsischer Innenminister, ist empört.

O-Ton 24 Boris Pistorius (auf der Demo)

Wollen wir es hinnehmen, wenn Rechtsextremisten durch unsere Stadt laufen, um ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten? Nein!

Wollen wir es hinnehmen, wenn sie Journalisten namentlich an den Pranger stellen, weil ihnen die Berichterstattung nicht passt? Nein! (Publikum)

Wollen wir es hinnehmen, wenn sie Hass und Hetze verbreiten? Nein! (Publikum)

Und wir dürfen das auch nicht zulassen, nicht heute und nicht morgen. (Applaus) Aber wir treten auch für etwas an: Für diese großartige Verfassung, die wir haben, in der unter anderem die Menschenrechte verankert sind, aber auch die Meinungs- und die Pressefreiheit. Ich möchte in keinem Land leben, wo Fox News und andere die Nachrichten- und Meinungsfrage bestimmen (Applaus)

Erzähler

Auf der Kundgebung spricht auch der Journalist Andreas Speit von der Berliner Tageszeitung „Taz“:

O-Ton 25 Andreas Speit (Applaus vorweg)

Ich möchte gar kein Ranking beginnen, wann wer wo mal im Internet bedroht worden ist, wann wer wo von uns bei Recherchen geschlagen worden ist, wann wer wo mit dem Auto versucht worden ist abzudrängen und. Und. Und. Tatsächlich ist es doch so, dass in den letzten Jahren durch die Debatten über die vermeintliche Lügenpresse, dass durch die Diskussionen der AfD, dass wir eine Radikalisierung des gesamten

13/25

Milieus erleben und da sind sie auch die geistigen Brandstifter, auch wenn sie immer sich als Opfer inszenieren. (Applaus) Obwohl wir bedroht werden, ich schon seit einigen Jahren Morddrohungen auch erhalte habe für die Taz-Berichterstattung, sind wir erst recht da erschienen, um zu zeigen, wir knicken nicht ein, wenn Ihr uns nennt. (Applaus)

Erzähler

Auch die AfD hetzt gegen Journalistinnen. Vier Bundestagsabgeordnete der Rechtspartei richten im November 2019 einen Aufruf an Journalisten sich bei ihnen zu melden, wenn sie „Fakenews, Manipulation und einseitige Berichterstattung“ satt hätten.

Sprecherin

Liebe Mitarbeiter der Mainstream-Medien

Sind Sie Journalist geworden, weil ihnen die Wahrheit und die unabhängige Information der Bürger am Herzen liegen?

Haben Sie die Nase voll von befristeten Verträgen und Stellenstreichungen?

Wollen Sie wieder in den Spiegel schauen können, ohne dabei Georg Restle und Anja Reschke zu sehen?

Dokumentieren Sie mit uns die schlimmsten Lügen und Manipulationen der Haltungsredaktionen und schicken Sie sie – garantiert anonym und komplett vertraulich an diese E-Mailadresse... Sie werden sich danach besser fühlen!

Erzähler

Der freie Journalist David Janzen machte öffentlich, dass er nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wiederholt Todesdrohungen erhalten habe. So schmierte eine rechtsextreme Gruppe mit dem Namen „Adrenalin BS“ die Worte „Wir töten Dich! Janzen“ an die Haustür. Er wurde zeitweise unter Polizeischutz gestellt. Die Täter wurden bisher nicht gefunden.

O-Ton 26 David Jansen

Ja natürlich steht man nicht nur selbst im Fokus der Neonazis, sondern betroffen sind Familie, Angehörige, Freunde, aber auch in meinem Fall, wo mehrmals die Wohnungstür beschmiert wurde, natürlich auch die Nachbarn, die völlig außer sich sind, wie sagt man. Bisher waren das nur Drohungen, bisher waren das nur

14/25

Schmierereien, was kommt dabei als Nächstes? Das soll verunsichern. Das soll Angst machen. Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir lassen uns das nicht gefallen.

Erzähler

Mindestens 550 Journalistinnen und Journalisten wurden seit 2010 weltweit ermordet, stellt die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ fest. In Deutschland nehmen Morddrohungen, Androhungen von sexueller Gewalt und der Hass gegen Medienschaffende zu.

Erzähler

Ich möchte Brigitte Heinisch kennenlernen. Die Pflegefachkraft hat sich vor Jahren gegen die Arbeitsbedingungen in ihrer Pflegeeinrichtung zur Wehr gesetzt. Mich interessiert, wie ihr Leben danach weiter gegangen ist. Welche Konsequenzen die Whistleblowerin zu tragen hatte? Ob sie es wieder tun würde?

Erzähler

Ich schreibe eine Mail an ihren Anwalt mit der Bitte, dass er mir den Kontakt zu ihr vermittelt. Brigitte Heinisch ruft mich an. Sie teilt mir mit, dass sie kein Interesse habe mir ihre Geschichte zu erzählen, weil sie mit einigen Journalisten keine guten Erfahrungen gemacht habe. Oft hätten die Berichte nicht dem entsprochen, worüber geredet worden sei. Ich biete ihr an, uns erst einmal in einem Café zu treffen. Danach könne sie in aller Ruhe entscheiden, ob sie vielleicht doch für ein Interview bereit wäre – oder auch nicht.

O-Ton 27 Brigitte Heinisch

Ich komme aus der DDR, und ich lass mir meinen Mund nicht verbieten, und dann hab ich gedacht: Was für eine Heuchelei! Ja, also Demokratie lege ich nicht ab, wenn ich in Betrieb gehe, geht überhaupt nicht. Ich meine, das dürfen wir ja nicht vergessen, die Leute zahlen ja dafür viel Geld im Pflegeheim. Das ist ja jetzt nicht ein karitativer Akt, der hier stattfindet, sondern es sind ja Versicherungsleistungen.

Erzähler

Brigitte Heinisch arbeitete in einer Pflegeeinrichtung des Berliner Gesundheitskonzerns „Vivantes“, dessen alleiniger Anteilseigner das Land Berlin ist. Über ihre Arbeit sollte sie schweigen, auch wenn vieles im Argen lag. Lange hat die damals 43-Jährige versucht, die Probleme bei der Arbeit intern zu klären...

15/25

O-Ton 28 Brigitte Heinish

Wir waren zu zweit für ca. 45 Bewohner zuständig. Man arbeitet mit Menschen und wenn man dann Menschen vernachlässigen muss, weil man die Zeit nicht hat und entscheiden muss, wem hilft man jetzt und wem nicht, ist schon eine große Bürde, die einem auferlegt wird. Wir haben ja viel auch dann miteinander gesprochen im Team und uns dann entschlossen, gemeinsam eine Überlastungsanzeige zu schreiben. Ich hatte aber alles schriftlich. Ich hatte ja vom MDK, medizinischer Dienst der Krankenkassen, die haben ja Begehungen hier gemacht, 2003, 2004, 2006. Und jedes Mal waren Beanstandungen: Zu wenig Personal, Übergriffigkeiten, Hygienemängel und, und, und...

Erzähler

Brigitte Heinish wurde drei Mal von „Vivantes“ gekündigt. Erst wegen Krankheit. Das zweite Mal wegen des Verdachts, sie habe ein Flugblatt initiiert. Die dritte Kündigung erhielt sie dann wegen eines Zeitungsartikels. Gegen jede Kündigung wehrte sie sich. Sie bekam dabei Unterstützung von der Gewerkschaft. Die Presse berichtete. Für ihren Mut als Whistleblowerin wurde sie mit Preisen gewürdigt. Doch auf die Solidarität von Kolleginnen und Kollegen in der Pflegeeinrichtung konnte sie sich letztendlich nicht verlassen:

O-Ton 29 Brigitte Heinish

Es ist ja nicht jeder Mensch so standhaft. Wenn Du dann Kollegen hast, die noch ein Haus abzuzahlen haben, Familie haben, die sagen irgendwann, oh nein, wenn ich jetzt meine Arbeit verliere, dann bin ich weg. Die wurden auch bedroht, also ich hab ja von einer Kollegin, die wurde hinzitiert, also wurde Kontaktverbot zu mir ausgesprochen, ja.

Erzähler

Vor Gericht verlor Brigitte Heinish. Die Richter gaben dem Gesundheitskonzern Recht und begründeten dies mit fehlender Loyalität zum Arbeitgeber. Es sei doch absurd, findet Brigitte Heinish noch heute, dass die Interessen von Beschäftigten und Pflegebedürftigen keine Rolle spielten. Dann könne sich ja ein Unternehmen alles erlauben. Sie zog bis vor den „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“ in Straßburg. Dort wurde aber nur ihre Kündigung wegen des Verdachts einer Initiierung eines Flugblattes verhandelt.

O-Ton 30 Brigitte Heinisch

Ich habe Recht bekommen und die ganze Sache wurde zurück ans Arbeitsgericht verwiesen und 2012 fand dann ein Wiederaufnahmeverfahren statt. Der Saal war rappelvoll und der Richter machte kein Hehl draus, dass er hier einen Vergleich möchte. Also ich wollte ja, dass alle Kündigungen zurückgenommen werden! Aber das wollte ja Vivantes nicht.

Erzähler

Acht Jahre haben die juristischen Auseinandersetzungen gedauert, mit schmerzlichen Folgen für Brigitte Heinisch: Arbeitsplatzverlust, Krankenhaus, Nervenzusammenbruch, Frühverrentung... Am Ende hat der Gesundheitskonzern „Vivantes“ die Kündigungen nicht zurückgenommen. Sie erhielt eine Entschädigung: immerhin 90.000 Euro brutto. Sie bereue nichts, versichert Brigitte Heinisch mir. Allerdings: Heute würde sie den Vergleich nicht mehr annehmen, sagt sie, denn die Kündigungen seien ihrer Meinung nach Unrecht gewesen und das dürfe man sich nun wirklich nicht gefallen lassen.

O-Ton 31a Annegret Falter

Der Whistleblower hat eine Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber, die ihn dazu verpflichtet über die Dinge, die er im Arbeitskontext erfährt, Stillschweigen zu bewahren. Das ist nicht nur im Arbeitsrecht so, das ist noch viel stärker im Beamtenrecht. Selbstverständlich macht das für den Whistleblower jede Meldung, sogar die interne Meldung, aber auch die Meldung an die Staatsanwaltschaft oder ganz zu schweigen von der öffentlichen Meldung zu einem hohen Risiko. Und die Frage ist, ob man eine so strikte Regelung wirklich auf Dauer beibehalten will, denn es setzt sich mehr und mehr die Einsicht durch, dass Whistleblowing im öffentlichen Interesse geschieht, zum wohl verstandenen Eigennutz der Gesellschaft.

Erzähler Annegret Falter vom Whistleblower-Netzwerk.

O-Ton 31b Diese arbeitsvertragliche Nebenpflicht bedeutet für den Whistleblower, dass er in einen Loyalitätskonflikt gerät. Einerseits will er loyal sein, will loyal auch seinem Arbeitgeber gegenüber sein, will loyal den Kollegen gegenüber sein, andererseits gibt es natürlich auch Werte, hohe Werte der Gesellschaft, wo er auch das Bedürfnis hat, sich als loyaler Bürger oder loyale Bürgerin der Gesellschaft zu zeigen und das wird ihm fast unmöglich gemacht.

Erzähler

17/25

Brigitte Heinisch ist kein Einzelfall. Whistleblower nehmen große persönliche Belastungen auf sich. Selbst dann, wenn sie das Problem intern ihrem Arbeitgeber melden und damit nicht an die Presse gehen.

O-Ton 32 Annegret Falter

Und da gibt es hauptsächlich ausländische Studien im angelsächsischen Bereich. 85 bis 90 Prozent der Arbeitnehmer wollen sich zuerst intern zu Wort melden. Das wird ihnen, wenn sie sich intern melden, aber trotzdem oft nicht gedankt. Auch da gibt es Studien, dass binnen eines Jahres die meisten der Whistleblower, die sich intern zu Wort gemeldet haben, das Unternehmen oder die Behörde verlassen. Oft mit vorgeschobenen Kündigungsgründen, oft mit anderen Gründen, aber sie machen sich dadurch jedenfalls nicht beliebt. Und dann gibt es natürlich noch eine ganze Reihe von inoffiziellen Sanktionsmöglichkeiten wie Mobbing und Versetzung, und da ist auch die Skala nach oben offen.

O-Ton 33a Sven Giegold

Eine Welt ohne Whistleblower wäre eine dümmere Welt und eine Welt mit mehr Korruption und Kriminalität. In den letzten Jahren wurden die großen Skandale in aller Regel nicht von den Aufsichtsbehörden, sondern durch Medien in Zusammenarbeit mit Whistleblowern aufgedeckt.

Erzähler

Sven Giegold, grüner Europa-Abgeordneter.

O-Ton 33b Denken Sie an die großen Steuerskandale, wie Antoine Deltour mit Lux Leaks uns geholfen hat, genauso den Skandal um die Dieselabgaswerte, die Liste ist lange fortzusetzen. Whistleblower verdienen unsere Anerkennung für all das, was sie geleistet haben.

Erzähler

Am 7. Oktober 2019 verabschiedeten die Justizministerinnen und Justizminister der Europäischen Union die EU-Richtlinie zum Whistleblower-Schutz. Sie soll Hinweisgeberinnen in Europa weitreichender schützen, als bisher. Die Verhandlungen darüber dauerten sehr lange.

O-Ton 34 Sven Giegold

Das EU-Recht sah erst vor, dass geschützt ist, nur wer erst den internen Meldeweg beschritten hat, und wenn das gescheitert ist, erst dann konnte man sich an die Aufsichtsbehörden und erst dann an die Öffentlichkeit wenden und jeder, der anders vorgeht, bekam keinen Schutz. Das war vor allem auch eine Position der deutschen Bundesregierung, und von Katarina Barley, die das mit Verve verfochten hat. Wir haben es als Europaparlament geschafft, das aufzubrechen. Jetzt ist auch geschützt, wer sich an die Aufsichtsbehörden wendet, die Vorschrift intern ist eine Soll-Vorschrift, ist keine Muss-Vorschrift mehr, und wenn die Behörden nicht funktionieren oder wenn es Hinweise darauf gibt, dass sie etwa verstrickt sind in bestimmte Skandale oder wenn Gefahr im Verzug ist, kann auch direkt der Weg an die Öffentlichkeit genommen werden.

Erzähler

Das sei „ein vorläufiger Sieg der Zivilgesellschaft“, sagt Annegret Falter vom Whistleblower Netzwerk. Ich frage sie, wie sich das für Hinweisgeberinnen auswirken werde? Und ob sich nicht nur Unternehmen, sondern auch Behörden an die künftigen Regelungen zum Schutz von Whistleblowern halten müssten?

O-Ton 35 Annegret Falter

Erstens gibt es, und das ist das Wichtigste, offiziell keine Sanktionen mehr. Keine Sanktionen, wenn man intern sich zu Wort meldet und auch gleichermaßen geschützt ist die externe Meldung - und das ist neu. Sanktionen heißt, also alle Arten von Sanktionen, bei Arbeitnehmern sind es arbeitsrechtliche Sanktionen bis hin zur Kündigung. Extern meint, wenn ein Whistleblower sich an eine zuständige Behörde wendet, z. B. die Staatsanwaltschaft oder eine noch zu schaffende Behörde. Dann ist sicherlich wichtig, dass in Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern oder einem Umsatz von über 10 Mio. Euro obligatorisch Hinweisgeber-Systeme eingeführt werden müssen, mit der Möglichkeit der internen Meldung. Und wichtig ist auch noch, dass die Richtlinie das Beamtenrecht einbezogen hat, also den gesamten Öffentlichen Dienst. Das ist sicherlich ein großer Schritt vorwärts.

Erzähler

In der EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblower heißt es, ein Hinweisgeber könne sich direkt an die Öffentlichkeit wenden, „wenn eine unmittelbare oder offenkundige Gefährdung des öffentlichen Interesses vorliegt“. Ist die Gefahr denn groß, dass in der nationalen Gesetzgebung das Anliegen des Europäischen Parlamentes wieder verwässert werde?

19/25

O-Ton 36 Annegret Falter

Ein Risiko besteht immer, weil: Was ist eine Gefährdung? Das ist ja was, was relativ rasch folgen muss und was ist das öffentliche Interesse und ist das wirklich unmittelbar? Wie soll ein Whistleblower, wie sollen die wissen, dass das eine unmittelbare oder offenkundige Gefährdung des öffentlichen Interesses ist? Da liegt wirklich der Teufel im Detail.

Atmo 07 Autorin spielt mit der Katze: „Ja Nietzsche“... bleibt unter Erzähler

Erzähler

Ich besuche Marie von Kuck. Im vergangenen Jahr wurde ihr Radiofeature „Täter in Uniform. Polizeigewalt in Deutschland“ ausgestrahlt. In der Sendung schilderte sie die Verzweiflung der Polizei-Opfer. Ihre Demütigungen durch die Justiz. Die Verantwortungslosigkeit von Polizisten. Vor der Veröffentlichung des Features war Marie von Kuck unruhig, nervös, hatte Angst...

O-Ton 37 Marie von Kuck

Wenn man gegen die Polizei kritisch los zieht, kann man dann die Polizei rufen, wenn man bedroht wird - ich weiß es nicht - wenn da jetzt jemand vor der Tür stünde oder so? Also mich in Straftaten, in Konflikte, in Menschenrechtsverbrechen hineinzuhängen, das macht immer auch Angst, weil das unglaubliche Anschuldigungen sind. Also bei der Polizeigeschichte sind Menschen zu Tode gekommen und zerstört worden und da gibt es Täter, ja, das sind wahnsinnige Konflikte und das ist natürlich irre schwer, das alleine zu tragen.

Erzähler

Die Recherche war heikel, brauchte ihre Zeit. Vor allem musste Marie von Kuck Vertrauen zu ihren Gesprächspartnern aufbauen, deren Leben durch Polizeigewalt aus den Fugen geraten war.

O-Ton 38 Marie von Kuck

Das ist ein Feature, was ohne Whistleblowing nicht funktioniert hätte. Das ist ein Feature, wo auch die Opfer der Polizeigewalt, also 15 Mal über ihren Schatten springen mussten, weil sie ganz große Angst vor der Polizeiverfolgung hatten, die

20/25

ihnen auch schon zugestoßen war und das sind alles so Sachen, die keiner glaubt. Also die können sich auch ganz schlecht Solidarität suchen und sagen, ich werde von Polizisten verfolgt. Man hält sie für irre. Ja, das glaubt man nicht in Deutschland. Und sich in solche Konflikte reinzuhängen, diese Angst steckt dann an, ja.

Erzähler

Marie von Kuck hatte für die Sendung Kontakt zu einem Polizisten, der die Gewalt innerhalb der Polizei nicht mehr aushielt. Er wollte ihr davon erzählen. Die Journalistin hatte viele Befürchtungen, bevor sie sich in den Zug setzte, um zu ihm zu fahren...

O-Ton 39 Marie von Kuck

Bin ich sicher? Ist mein Gesprächspartner sicher? Also treffe ich wirklich einen Whistleblower oder nur jemanden, der sich als solchen ausgegeben hat und mir jetzt richtig einen rein geigt. Wir haben dann die üblichen Kommunikationswege möglichst gemieden und ich hab halt vorher Freunden und Kollegen Bescheid gesagt, wann und wo ich bin und wann sie Alarm schlagen sollen, wenn ich mich nicht zurückmelde oder so. Aber schon allein so etwas zu machen zeigt, in welcher Stimmungslage und Situation man sich in dem Moment befindet, ja...

Erzähler

Und dann... traf sie ihren Informanten.

O-Ton 40 Marie von Kuck

Also jemanden vor mir sitzen zu haben, der wirklich schwitzt vor Angst und nicht vor mir, sondern vor dem, was er da tut. Diese große Angst von einem Angestellten einer Staatsbehörde, die hat mich persönlich erstaunt und gewundert. Das war wirklich auch ein Schlüsselerslebnis, das zu erleben und natürlich hab ich ihn gefragt, warum er das macht, obwohl er das Risiko kennt und die Antwort war, dass der vollständig verzweifelt war. Also ein anderer hätte sich vielleicht in seiner Lage das Leben genommen. Und er riskiert es, den beruflichen und sozialen Tod und nein, er war nicht sicher, dass das was nützt. Er hat sehr vieles vorher versucht. Er hatte sich weitergebildet und gehofft in anderen Abteilungen oder Dienstgruppen wäre es anders. In höheren Dienstgraden wäre es anders. In einer höheren Bildungsebene wäre es anders. In der Leitungsebene wäre es anders und das hatte alles nicht geklappt. Das war der Grund, weshalb er geredet hat. Der konnte nicht mehr.

Erzähler

Quellen zu schützen sei gar nicht so einfach, findet die Autorin. Das war bei dem Feature zur Polizeigewalt ihre größte Sorge.

O-Ton 41 Marie von Kuck

Und jetzt muss ich ihn noch vor sich schützen, weil ich weiß nicht, wie ich damit leben soll, wenn der durch meine Veröffentlichung auffliegt und dann seine ganze Familie und berufliche Existenz zerstört ist und er womöglich angezeigt wird. Das ist ja bei der Polizei so, dass da Whistleblower auch angezeigt wurden schon in der Vergangenheit, weil sie nach Beamtenrecht nicht sprechen dürfen.

Erzähler

Im September 2019 veröffentlichte die Bochumer Ruhr-Universität einen Zwischenbericht zur größten Polizeigewalt-Studie in Deutschland. Nur neun Prozent der Befragten haben Anzeige erstattet. Die meisten glaubten, gegen Polizeibeamte keine Chance zu haben. Sie fürchteten auch negative Konsequenzen durch die Polizei wie zum Beispiel Gegenanzeigen.

Martin Herrnkind war 38 Jahre lang Polizist. Nun ist er Dozent für Kriminologie an der „Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung“ in Altenholz bei Kiel.

O-Ton 42 Martin Herrnkind

Wir haben aus einem schon älteren Polizeiskandal in Hamburg eine Aussage eines dort damals leitenden Staatsanwaltes, der gesagt hat, das Aussageverhalten der dort involvierten Polizisten erinnere ihn an das Aussageverhalten in dem Bereich der Organisierten Kriminalität. Das heißt, es gibt eine Omertá, eine Schweigeverpflichtung, der sich niemand mehr entziehen kann.

Erzähler

Wenn es zu Verfahren wegen körperlicher Gewaltanwendung von Polizisten kam, wurden 93 Prozent aller Verfahren eingestellt, so das Zwischenergebnis der Bochumer Polizei-Gewaltstudie. Ich erinnere Martin Herrnkind an den Tod von Oury Jalloh in einer Polizeidienststelle in Dessau und frage ihn, ob es eine Art Beißhemmung von Staatsanwaltschaften gebe, wenn sie gegen Polizisten ermitteln.

O-Ton 43 Martin Herrnkind

Prof. Singelstein von der Universität Bochum hat zur Anklageerhebung oder zum Verhalten der Staatsanwaltschaft in Polizeiverfahren geforscht und sieht eine institutionelle Nähe zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, denn die Staatsanwaltschaft ist in all ihrer Arbeit auf die Polizei angewiesen. Sie haben den Fall Oury Jalloh als Beispiel genannt. Da geht es um nicht weniger als einen Todesfall und um nicht weniger als den Vorwurf, dass möglicherweise die Polizei in diese Tötung verwickelt war oder jedenfalls einen Menschen, der in Gewahrsam ist, kommt zu Tode und die Polizei kann nicht erklären warum, und das ist eine Stufe von Fehler oder von Dingen, da ist man immer geneigt das zu vertuschen, natürlich.

Erzähler

Martin Herrnkind erwähnt in diesem Zusammenhang auch die mutmaßliche Misshandlung eines Asylbewerbers in der Bundespolizeiwache im Mai 2015 in Hannover. Zwei Polizisten hatten damals die Courage, den Kollegen anzuzeigen.

O-Ton 44 Martin Herrnkind

Es wurden mit dem Smartphone Aufnahmen gemacht, wie er am Boden lag. Man sieht in den Filmaufnahmen mehrere Polizeistiefel. Der mutmaßliche damalige Täter rühmte sich über soziale Medien, dass er den Asylbewerber dort misshandelt hat und das hat zwei Kollegen veranlasst Anzeige zu erstatten. Und unterm Strich ist bei dem Verfahren nichts rausgekommen, aber die beiden Kollegen sind unter einen ganz erheblichen Druck gekommen.

Erzähler

Kollegen anzuzeigen, wenn sie sich etwas im Dienst zu Schulden kommen lassen, wird für Polizisten danach ein Horrortrip. Martin Herrnkind hat mit 80 bis 90 Whistleblowern bei der Polizei über ihre Erfahrungen gesprochen.

O-Ton 45 Martin Herrnkind

Einer ist herzkrank geworden und letztendlich aus dem Beruf ausgeschieden. Ein Interview-Partner hat gekündigt bei der Polizei, ist jetzt Rechtsanwalt. Es gibt Leute, die das über einen längeren Zeitraum dann irgendwann verarbeitet haben, mit Psychotherapien, die in andere Dienstbezirke dann sich versetzt haben lassen und dann ja wieder zurückgefunden haben in den Beruf. Aber es gibt nicht wenige Fälle von Leuten, insbesondere bei jungen Leuten dann, die in die Kündigung getrieben wurden, die den Polizeiberuf verlassen haben. Es gibt einen Beamten, den ich

23/25

interviewt habe, der in einem Sammelverfahren vom Richter gefragt wurde: „Würden Sie das denn noch mal machen? Also Kollegen anzeigen?“ Nein. Und ich würde jedem Kollegen... raten das Maul zu halten.

Erzähler

Auch die EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern, die spätestens 2021 von der Bundesregierung umgesetzt werden muss, werde daran kaum etwas ändern, meint Martin Herrnkind. Der informelle Druck, z.B. die Furcht vor Mobbing, führe dazu, dass Polizeibeamte wegsehen würden. Im Übrigen seien sie schon heute verpflichtet, sagt Herrnkind, bei Kenntnis von Straftaten durch Vorgesetzte oder Kolleginnen und Kollegen diese anzuzeigen: Wenn sie darauf verzichten würden, wäre dies selbst eine Straftat, nämlich „Strafvereitelung im Amt“. Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hätten Polizeibeauftragte. In diesen Bundesländern, erklärt der Kriminologe, könnten sich Polizistinnen und Polizisten schon heute am Dienstweg vorbei offenbaren. Aber ob das jemand tue?

Martin Herrnkind erinnerte sich an seinen Anfang als junger Polizist im Streifendienst. Seine Erfahrungen führten dazu, dass er sich der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ angeschlossen hat:

O-Ton 46 Martin Herrnkind

Als insbesondere junger Polizist im Streifendienst hab ich ja Einsätze miterleben müssen, die in der Nachbetrachtung aber schon während des Einsatzes für mich nicht regelkonform liefen. Ich hab damals als junger Polizist keine andere Möglichkeit gesehen als mich Organisationen anzuschließen, denn diese sog. formellen Wege, die hätte ich damals nicht ausgehalten. Also sprich jetzt Anzeige gegen Kollegen zu erstatten, das war zu dem damaligen Zeitpunkt völlig undenkbar. Das wär das Ende des Berufs gewesen.

Erzähler

Oliver Schröm hat zusammen mit anderen Journalisten den größten Steuerraub Europas aufgedeckt. Er sieht Verbesserungen des Informanten-Schutzes durch die neue EU-Richtlinie. Doch er ist misstrauisch gegenüber dem Bundesjustizministerium. Deshalb fordert er Journalistinnen und Journalisten auf, genau zu beobachten, wie die deutsche Bundesregierung die EU Richtlinie zum Informanten-Schutz umsetzen will.

O-Ton 47 Oliver Schröm

Die Richtlinie wär auch für uns investigative Journalisten ganz entscheidend, weil sie unsere Informanten mehr schützt. Whistleblower ist jetzt immer so ein großer Begriff, alle denken an Edward Snowden oder Chelsea Manning, aber letztendlich geht es ja um Informanten, um Quellen. Wir hatten letztes Jahr exakt die Situation, da ging es auch um die Umsetzung einer EU-Richtlinie und zwar zum Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Da hatte dieser Gesetzesentwurf, der war löchrig wie ein Schweizer Käse, und wir haben darüber vehement drüber berichtet und auf der Zielgerade ist dann auch alles korrigiert worden. Aber es war der Versuch da, das klamm und heimlich so durchzupauken und da muss man jetzt bei dem Whistleblower-Gesetz echt aufpassen und es eng begleiten...

Absage

Aufklärer unter Verdacht

Was Whistleblowern und investigativen Journalistinnen droht

Von Charly Kowalczyk

Es sprachen: Volker Risch und Sigrid Burkholder

Ton und Technik: Wolfgang Rixius und Katrin Fidorra

Regie: Thomas Wolfertz

Redaktion: Wolfgang Schiller

Eine Produktion des Deutschlandfunks, 2020